



18. Wahlperiode

HESSISCHER LANDTAG

Dringlicher Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Der Landtag wolle beschließen:

Es wird ein Untersuchungsausschuss nach Art. 92 HV und § 54 GOHLT eingesetzt.

Dem Ausschuss gehören 13 Mitglieder an (5 CDU, 3 SPD, 2 FDP, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 DIE LINKE).

Der Untersuchungsausschuss hat den Auftrag umfassend aufzuklären, ob und inwieweit das Handeln, d.h. jegliches Tun und Unterlassen, der Landesregierung in Zusammenhang mit der Förderung der European Business School (EBS) und ihrer Erweiterung zur Universität durch den Aufbau der Law School zweckmäßig, zielgerichtet, fehlerfrei, sachgerecht und rechtmäßig und mit den einschlägigen Vorschriften vereinbar war. Außerdem ist zu klären, inwieweit die Landesregierung das Parlament und die Öffentlichkeit wahrheitsgemäß, zeitnah und vollständig über diese Vorgänge und das Handeln der Landesregierung informiert hat.

Dabei ist insbesondere zu klären:

1. Inwieweit, auf welche Weise, zu welchem Zweck und aufgrund welcher Umstände die European Business School (EBS) vom Land Hessen finanziell gefördert worden ist bzw. Förderungszusagen erhalten hat.
2. Ob, inwieweit und mit welchen Ergebnissen eine Prüfung der Bonität und Liquidität der EBS sowie die Plausibilität der vorgelegten Unterlagen, Daten und Pläne mit welchen Ergebnissen erfolgte, insbesondere im Zusammenhang mit dem Aufbau der Law School sowie der damit verbundenen Universitätsgründung.
3. Auf welche Weise und unter welchen wechselseitigen Zusagen der Erbbaurechtsvertrag zwischen dem Land Hessen und der European Business School (EBS) über die Folgenutzung der Altliegenschaften des Amts- und Landgerichts Wiesbaden in der Gerichtsstraße 2 in Wiesbaden zustande gekommen ist sowie welche Aktivitäten die Landesregierung zur Sicherstellung der Vertragserfüllung unternommen hat.

4. In welcher Weise und aufgrund welcher Umstände bzw. Erkenntnisse finanzielle Fördermittel oder Zuschüsse des Landes gegenüber der European Business School (EBS) vom Land Hessen zurückgefordert worden sind und wann diese Rückforderungen jeweils durch das Land geltend gemacht worden sind.

Die Haushaltsmittel für die Durchführung dieses Untersuchungsausschusses werden auf Antrag des Landtags durch die Landesregierung bereitgestellt.

Wiesbaden, 14. Dezember 2012 /MR/Einsetzungsantrag_UNA_EBS_end

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:

Thorsten Schäfer-Gümbel

Tarek Al-Wazir

Anlage
Unterschriftenliste